

# VOLL - VERSAMMLUNG

## der Studentenschaft der THD

### zu Mittwoch 9.11.1988

## STUDIENBEDINGUNGEN

## und WOHNUNGSNOT

### um 14.00Uhr im Audi Max

Die Resolutionen sollen auf der VV diskutiert werden. Die Studenten und Studentinnen der THD werden dort über die endgültige Fassung abstimmen und ihr weiteres Vorgehen zu Studiensituation und Wohnungsnot beschließen.

#### Studiosituation

Unsere Universitäten sind überfüllt wie noch nie zuvor, obwohl unsere Bildungspolitiker seit spätestens vorigem Jahr einen Rückgang der StudentInnenzahlen erwartet haben. Die seit Mitte der 70er Jahre bestehende Überlastung der Hochschulen ist mittlerweile als Normalzustand definiert. Schon dadurch herrschen an den Hochschulen seit nunmehr über 10 Jahren in vielen Bereichen untragbare Zustände und eine Besserung ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Zusätzliche Finanzspritzen erwiesen sich immer als einen Tropfen auf dem heißen Stein.

Versuche, diese Situation von staatlicher Seite über Zulassungsbeschränkungen (NC's) und BAFÖG-Änderungen zu regulieren, wirken außerordentlich diskriminierend, besonders gegenüber Kindern aus Arbeiterfamilien, Frauen und AusländerInnen. Des weiteren werden Gelder für die Hochschulen immer mehr dem Forschungsbereich zugeschoben, im Lehrbereich werden diese gekürzt. Die sich jetzt abzeichnende Situation kann vor diesem Hintergrund nur noch als Bildungskatastrophe bezeichnet werden.

#### DESHALB FORDERN WIR:

Die Hochschule ist mit mehr Räumlichkeiten (studentische Arbeitsräume, Seminarräume, Büros etc.) auszustatten, denn sie platzt aus allen Nähten. Weiterhin werden mehr Planstellen und Geldmittel benötigt, damit ein hinreichendes Lehrangebot und der Einsatz von studentischen TutorInnen sichergestellt und der Numerus Blausus abgeschafft werden kann.

Die direkten Kosten, die wir StudentInnen aufbringen müssen (Studiengebühren, Praktikums- und Übungsmaterial etc.), müssen abgeschafft werden, sowie das BAFÖG erhöht und auf elternunabhängiges Stipendium umgestellt werden. Die Wohnsituation muß entscheidend verbessert werden.

Das Studienangebot muß quantitativ und qualitativ erweitert werden, d.h. das fachübergreifende Lehrangebot muß ausgebaut und die Einbeziehung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Auswirkungen muß gewährleistet werden. Projektstudium und ganzheitliche IngenieurInnenausbildung muß gewährleistet werden.

Diese Forderungen gilt es umzusetzen, damit das Recht auf Bildung an den Hochschulen verwirklicht werden kann, und die Hochschulen nicht zu einer Spezialschule für Reiche und Fachidioten wird.

## WOHNUNGSNOT

Die Wohnungssituation für Studierende verschärft sich Jahr für Jahr. In Darmstadt ist die Lage eher noch schlimmer als in vergleichbaren Universitätsstädten. Auf dem "freien" Wohnungsmarkt ist kaum etwas zu finden. Wenn Studierende dann doch eine Wohnung haben, müssen sie oft bis zur Hälfte ihres monatlichen Einkommens für die Miete bezahlen. Vermieter können so die Vergabe von Wohnungen an die ominösesten, oft diskriminierende Forderungen knüpfen. Ausländern und Ausländerinnen ist es so kaum möglich, noch eine Wohnung zu erhalten.

Geht man von den Wartelisten aus, so könnte das Studentenwerk dreimal so viele Studentenwohnheimplätze vergeben, wie zur Verfügung stehen.

Seit kurzem werden Studierende nicht einmal mehr bei der Vergabe von Sozialwohnungen berücksichtigt: Eine Änderung, die die katastrophale Lage des gesamten Darmstädter Wohnungsmarktes für alle schlechter verdienenden Bevölkerungsgruppen widerspiegelt. In Darmstadt werden zur Zeit gar keine Sozialwohnungen mehr gebaut, die Gelder werden zur Erschließung von Industriestandorten nicht von Wohngebieten ausgegeben. Die Sanierung von Altbauvierteln, die hier in Darmstadt betrieben wird, schafft keinen Wohnraum, sondern führt zur Verringerung und Verteuerung der Wohnungen.

Die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ist eine ebensogroße Katastrophe. Das Geld fließt in die Finanzierung von Eigenheimen, nicht in den sozialen Wohnungsbau, wo das Problem am größten ist.

Leidtragender dieser Politik von Stadt und Bund sind auch die Studierenden.

### Deshalb fordern wir:

- Umgehende Bereitstellung von Mitteln durch Land und Bund zum Bau weiterer Student/inn/enwohnheimen. Die Stadt Darmstadt wird aufgefordert, ein Gelände zur Verfügung zu stellen. Gemeinsame Trägerschaft eines Wohnheimneubaus von Studentenwerk und Sozialwohnungsbauträgern (Bauverein) ist zu prüfen. Damit ist auch das Argument entkräftet, daß Wohnheimplätze leerstehen könnten, wenn eines Tages der Studierendenberg überwunden sein sollte.
- Eine wirkungsvolle Kontrolle gegen überhöhte Mieten ist nötig. Geschäftemacher dürfen nicht von den Fehlern der Wohnungspolitik profitieren.
- Langfristig ist die Abschaffung des Maklerunwesens anzustreben. Ein effektiv arbeitender kommunaler Träger soll die Wohnraumvermittlung übernehmen und die Interessen von Vermietern und Mietern wahren. Die Leistungen dieses Trägers müssen unentgeltlich sein.
- Das Studentenwerk soll Häuser und Wohnungen ankaufen oder anmieten und an Studierende weitervermieten. Dadurch werden bestehende Wohnobjekte effektiver genutzt, als das sonst der Fall wäre.
- Auflösung der Rücklagen von Bauverein und Studentenwerk zum Bau weiterer Sozialwohnungen und Student/inn/enwohnheime. Die Rücklagen des Darmstädter Studentenwerks betragen zur Zeit über 10 Millionen Mark.
- Stadt und Land sollen integrierte Wohnprojekte fördern. Unterschiedliche Bevölkerungs- und Altersgruppen, Behinderte und Nichtbehinderte, Studierende und Arbeitnehmer/inn/en sollen in einem Viertel, unter einem Dach leben können.
- Die in Darmstadt kürzlich abgeschaffte Wohnraumzweckentfremdungsverordnung muß wieder eingeführt werden.
- Land und Bund müssen die Sozialwohnungsbaumaßnahmen wieder aufnehmen.
- Auch BAföG-Empfänger/innen haben ein Recht auf Wohngeld. Wohngeld ist ein Zuschuß, BAföG ein Darlehen. Schon allein deshalb ist der bestehende Zustand verfassungsrechtlich nicht haltbar.